

Inhalt

Vorwort	iii
§ 1 Einleitung	1
A. Das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung und das Forschungsprojekt I-LOV	1
I. Forschung für die zivile Sicherheit	1
II. Das Projekt I-LOV	2
B. Gegenstand und Gang der Untersuchung	4
1. Kapitel: Neue technische Entwicklungen	9
§ 2 Ortungstechnologien	13
A. Die Handyortung	13
I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten.	13
II. Technische Funktionsweise	13
B. Der Ortungsroboter	16
I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten.	16
II. Technische Funktionsweise	16
III. Der Prototyp des Ortungsroboters	18
C. Die Radarortung	19
I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten.	19
II. Technische Funktionsweise	20
D. Die Ortungssonde	21
I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten.	21
II. Technische Funktionsweise	22
§ 3 Einsatzunterstützende Systeme	25
A. Das SOP-gestützte Informationssystem SOPHIE	25
B. Die Bauteilüberwachung	26

2. Kapitel: Rechtlicher Rahmen für den Einsatz neuer Technologien zur Rettung Verschütteter durch Feuerwehr und THW	29
§ 4 Grundlagen	31
A. Die kommunalen Feuerwehren und das THW:	
Organisation und Aufgaben	31
I. Die Feuerwehren	31
1. Aufgaben und Arten der kommunalen Feuerwehren	31
2. Zur Rechtsstellung der Angehörigen der öffentlichen Feuerwehren	33
a. Berufsfeuerwehr	33
b. Freiwillige Feuerwehr	33
II. Das Technische Hilfswerk	34
1. Organisation und Aufgaben des THW	34
2. Zur Rechtsstellung der THW-Helfer	35
B. Verfassungsrechtliche Fragen zur Zusammenarbeit von Feuerwehr und THW	36
I. Die grundgesetzliche Zuständigkeitsverteilung für die Katastrophen- und Unglücksbekämpfung	36
1. Gesetzgebungskompetenzen	36
a. Übersicht über die Kompetenzverteilung	37
b. Bundeskompetenz aus Art. 35 GG?	37
c. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenz des Bundes	38
2. Verwaltungskompetenzen	41
3. Exkurs: Verfassungsmäßigkeit der umfangreichen Katastrophenhilfe des Bundes?	42
II. Das THW als zulässige Bundesverwaltung?	44
III. Der Einsatz des THW: zulässige Bund-Länder-Kooperation oder unzulässige Mischverwaltung?	46
C. Einfach-rechtliche Regelungen zur Unglücks- und Katastrophenbekämpfung	49
I. Normbefund im einfachen Recht	49
1. Die Polizeigesetze der Länder	49
2. Die Feuerwehrgesetze der Länder	49
3. Die Katastrophenschutzgesetze der Länder	51

II. Begriffsklärungen	52
1. Der Begriff der Katastrophe	53
a. Definition	53
b. Ähnliche Begriffe	54
2. Sonstiger Unglücksfall	55
§ 5 Der Einsatz von Ortungstechnologien durch die Feuerwehr	57
A. Der Einsatz im einfachen Unglücksfall	57
I. Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage	57
1. Handyortung	57
a. Grundrechtlich geschützte Positionen von Mobilfunknetzbetreibern	58
aa. Art. 14 GG	58
(1) Schutzbereich	59
(2) Frequenzzuteilung als vermögenswerte Rechtsposition?	61
(3) Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb als von Art. 14 GG geschütztes Recht?	62
bb. Art. 12 GG	64
(1) Schutzbereich	64
(2) Eingriff in den Schutzbereich	64
b. Grundrechtlich geschützte Positionen netzunabhängiger Mobilfunkdiensteanbieter	66
aa. Art. 14 GG	67
bb. Art. 12 GG	68
c. Grundrechtlich geschützte Positionen nicht verschütteter Personen, die sich im Bereich des Störsenders und der mobilen Basisstation aufhalten	68
aa. Art. 10 GG	69
(1) Schutzbereich	69
(2) Ermittlung der IMSI als Eingriff in den Schutzbereich?	69
(3) Verhinderung einer Telekommunikation als Eingriff in den Schutzbereich?	70
bb. Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	70
cc. Art. 2 Abs. 1 GG	71

dd. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	71
d. Grundrechtlich geschützte Positionen Verschütteter	73
e. Zwischenergebnis	74
2. Radarortung	75
3. Roboter und Ortungssonde	75
II. Ermächtigungsgrundlage für die Ortung von Mobilfunktelefonen zur Rettung Verschütteter	76
1. Ermächtigungsgrundlage aus dem TKG?	76
2. Ermächtigungsgrundlage aus dem Gefahrenabwehrrecht der Länder	77
a. Spezialbefugnis	77
b. Generalklausel	78
aa. Normbefund in den Landesgesetzen	78
(1) Generalklausel in den Feuerwehrgesetzen	78
(2) Rückgriff auf das allgemeine Sicherheits- und Ordnungsrecht?	78
(a) Meinungsstand in der Literatur.	79
(b) Feuerwehr als (besondere) Ordnungs- behörde?.	80
(c) Die Rechtslage in Baden-Württemberg.	82
bb. Generalklausel als taugliche Ermächtigungsgrundlage	82
(1) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie	83
(2) Verhältnismäßigkeit der Handyortung	83
3. Zwischenfazit.	83
III. Die Entscheidung über den Einsatz von Ortungstechnologien	84
1. Ermessensentscheidung.	84
2. Ermessenslenkung durch die vfdb-Richtlinie?	86
3. Pflicht zum Einsatz von Ortungstechnologien?	88
a. Der Einfluss grundrechtlicher Schutzpflichten auf die Ermessensentscheidung	88
b. Tatsächliche Grenzen des Technikeinsatzes	89

B. Der Einsatz im Katastrophenfall	91
I. Die Einbindung der Feuerwehren in den Katastrophenschutz	92
1. Gesetzliche Regelungen und Aufgaben der Feuerwehr im Katastrophenschutz	92
2. Weisungsrecht der Katastrophenschutzbehörde	93
II. Maßgebendes Recht	94
1. Das Verhältnis des Katastrophenschutzrechts zum Feuerwehrrecht	94
2. Eingriffsbefugnisse der Einsatzkräfte	95
 § 6 Der Einsatz von Ortungstechnologien durch das THW	 99
A. Der Einsatz im einfachen Unglücksfall	99
I. Organisationsrechtliche Qualifizierung der Tätigkeit des THW.	99
1. Der Einsatz des THW in der Praxis	100
2. Tätigkeit des THW als Amtshilfe?	101
a. Erfüllung von Merkmalen der Amtshilfe	103
aa. Auf Ersuchen geleistete ergänzende Hilfe	103
bb. Zwischen Behörden	104
cc. Nicht innerhalb bestehender Weisungsverhältnisse	104
dd. Keine eigene Aufgabe der ersuchten Behörde	105
b. Gegenargumente	106
aa. § 1 Abs. 4 THW-G	106
bb. Fehlende Zuständigkeit des THW für die ersuchte Handlung	107
cc. Keine Aufteilung in zwei Verwaltungsverfahren	108
c. Zwischenergebnis	108
3. Tätigkeit des THW als Mandat?	108
4. Tätigkeit des THW als Organleihe?	110
5. Ergebnis: Tätigkeit des THW als besondere Form einer Organleihe	111
II. Maßgebendes Recht	112
1. Anwendung der jeweils einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften	113
2. Zulässigkeit des Vollzugs von Landesrecht durch die Bundesbehörde THW.	114

3. Eingriffsbefugnisse der THW-Helfer115
B. Der Einsatz im Katastrophenfall118
I. Die Einbindung des THW in den Katastrophenschutz der Länder118
II. Maßgebendes Recht und Eingriffsbefugnisse119
3. Kapitel: Haftungsfragen beim Einsatz von Ortungstechnologien und bei der Verwendung einsatzunterstützender Systeme durch Feuerwehr und THW121
§ 7 Haftung für Schäden von Unglücksopfern125
A. Ansprüche auf Schadensersatz125
I. Haftung aus verwaltungsrechtlichem Schuldverhältnis125
1. Haftung für Pflichtverletzungen in einem verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnis?126
a. Merkmale eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses127
b. Rettungseinsatz als verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis?128
2. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)?131
a. Überblick über die Rechtsprechung zur GoA im Öffentlichen Recht132
aa. Grundzüge der Rechtsprechung133
bb. BGHZ 63, 167 – Tankwagen133
b. Kritische Würdigung135
aa. Grundsätzliche Bedenken zur (analogen) Anwendung der GoA-Vorschriften im Öffentlichen Recht136
(1) Kompetenzordnung137
(2) Vorbehalt des Gesetzes138
(3) Spezielle Regelungen im Öffentlichen Recht138
bb. Tatbestandsvoraussetzungen der GoA im Fall des Feuerwehreinsatzes140
(1) Fremdes Geschäft140
(2) Fremdgeschäftsführungswillen141
(3) Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung142
(4) Interesse und Wille des Geschäftsherrn142

cc. Folgefragen bei Annahme einer GoA	143
(1) Haftungsmaßstab des § 680 BGB	143
(2) Bemerkungen zur Anspruchskonkurrenz von Amtshaftung und GoA	144
c. Ergebnis	145
II. Amtshaftungsansprüche	145
1. Vorbemerkung: Ausübung eines öffentlichen Amtes durch die Einsatzkräfte von Feuerwehr und THW	145
a. THW-Helfer	146
b. Angehörige der Feuerwehren	146
aa. Berufsfeuerwehren	147
bb. Freiwillige Feuerwehren	147
(1) Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren als Beliehene oder Verwaltungshelfer?.	147
(2) Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren als Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis eigener Art stehen	150
2. Fallgruppenbildung und –analyse	151
a. Konstellation 1: Amtshaftung bei menschlichem Fehlverhalten	151
aa. Szenario: Fehlerhafte Entscheidung bezüglich des Technikeinsatzes	151
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur fehlerfreien Ermessensausübung	152
(a) Allgemeine Anforderungen an eine ermessensfehlerfreie Entscheidung	153
(b) Spezielle Kriterien bei der Wahl der Ortungstechnologien	153
(2) Drittbezogenheit	156
(3) Verschulden	156
(a) Verschuldensmaßstab	157
(b) Darlegungs- und Beweislast	158
(c) Möglichkeiten zur Reduzierung schuld- hafter Ermessensfehlentscheidungen	159
(4) Kausalität	161
(a) Ursächlichkeit der Amtspflicht- verletzung für den Schaden	161

(b) Darlegungs- und Beweislast	161
bb. Szenario: Bedienungsfehler	162
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur wirkungsvollen Hilfeleistung	163
(2) Drittbezogenheit	164
(3) Verschulden	165
(4) Kausalität	166
cc. Zwischenfazit: Verhaltenshinweise	166
b. Konstellation 2: Amtshaftung bei Einsatz fehlerhafter Technik	167
aa. Szenario: Organisationsfehler	167
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur Unterlassung unerlaubter Handlungen	168
(2) Drittbezogenheit	169
(3) Verschulden	169
(a) Organisationsverschulden	169
(b) Darlegungs- und Beweislast	169
(c) Ausschluss eines Organisations- verschuldens	170
(4) Kausalität	171
bb. Szenario: Nicht erkennbarer Produktfehler	171
cc. Zwischenfazit: Sorgfaltsanforderungen	172
c. Exkurs: Konstellation 3: Amtshaftung bei Schadensverursachung durch ein autonom handelndes System.	172
aa. Einführung in die Thematik	173
bb. Haftungslücken im geltenden Recht?.	174
(1) Forderungen in der Literatur	174
(2) Kritische Würdigung.	175
(a) Deliktische Haftung bei Schadens- verursachung durch ein autonom handelndes System.	175
(b) Fazit	176
cc. Ergebnis	177
3. Haftungssubjekt	178
a. Passivlegitimation im einfachen Unglücksfall	178
aa. Fehlverhalten eines Angehörigen der Feuerwehr	178
(1) Funktionstheorie	178

(2) Anstellungstheorie	179
(3) Amtsübertragungs- oder Anvertrauenstheorie	179
(4) Ergebnis	180
bb. Fehlverhalten eines THW-Helfers	180
(1) Subsumtion unter die verschiedenen Theorien	180
(2) Passivlegitimation in Fällen der Organleihe . .	181
(3) Bestimmung der Passivlegitimation beim Einsatz des THW	184
b. Passivlegitimation im Katastrophenfall.	186
aa. Fehlverhalten eines Angehörigen der Feuerwehr .	187
bb. Fehlverhalten eines THW-Helfers	188
4. Regress des Staates bei der Einsatzkraft	188
a. Der Rückgriff bei Beamten.	189
b. Der Rückgriff bei sonstigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren	189
c. Der Rückgriff bei THW-Helfern	190
5. Haftungsbegrenzungen und Rechtsweg	191
B. Ansprüche auf Entschädigung	192
I. Grundlagen der Aufopferungshaftung	192
1. Der allgemeine Aufopferungsgedanke	192
2. Anwendungsbereich des Aufopferungsanspruchs	193
3. Der Umfang des Ausgleichsanspruchs	195
a. Unterschied zwischen Schadensersatz und Entschädigung	195
b. Der Umfang des Aufopferungsanspruchs bei rechtswidrigen staatlichen Maßnahmen	196
II. Aufopferungsansprüche der Unglückstopfer	197
1. Keine Entschädigung bei rechtmäßigen Maßnahmen zum Schutz des Unglückstopfers	198
2. Entschädigung bei rechtswidrigen Maßnahmen	200
a. Sonderopfer	201
b. Haftungsausschluss bei Maßnahmen zum Schutz des Opfers?	201

§ 8 Haftung für Schäden von Dritten	203
A. Allgemeine Grundsätze	203
I. Ansprüche auf Schadensersatz	203
II. Ansprüche auf Entschädigung	204
B. Ansprüche von Netzbetreibern	205
I. Schadensersatz	205
II. Entschädigung	206
1. Fachgesetzliche Entschädigungsregelungen	207
a. TKG	207
b. Gefahrenabwehrrecht	207
aa. Regelungen in den LKatSG	208
(1) Entschädigungen für Helfer und für in Anspruch genommene Personen	208
(2) Entschädigungen für unbeteiligte Dritte	209
(a) Normbefund	209
(b) Sonderopfer der Netzbetreiber	210
(3) Analoge Anwendung der für in Anspruch genommene Personen vorhandenen Entschädigungsregelungen	212
bb. Regelungen in den FwG	212
cc. Regelungen in den PolG	214
2. Allgemeines Staatshaftungsrecht	215
a. Anspruch aus enteignendem Eingriff bzw. enteignungsgleichem Eingriff	215
b. Anspruch aus Aufopferung	216
aa. Aufopferungsanspruch bei Beeinträchtigung der Berufsfreiheit	216
bb. Sonderopfer	217
3. Ergebnis	217
C. Ansprüche von Mobilfunkdiensteanbietern	218
D. Ansprüche von Handynutzern	219
§ 9 Haftung für Schäden von Rettungskräften	221
A. Gesetzliche Unfallversicherung bzw. Unfallfürsorge	222
I. Angestellte und ehrenamtliche Helfer	222
1. Versicherung in der gesetzlichen Unfallversicherung	222
2. Arbeitsunfall gemäß § 8 SGB VII	222

3. Umfang der Versicherung, §§ 26 ff. SGB VII223
a. Gesundheitsschäden223
b. Sachschäden223
c. Sonstige Schäden224
4. Haftungsbeschränkungen, §§ 104 ff. SGB VII224
5. Unfallversicherungsträger225
II. Beamte.225
1. Gesetzgebungskompetenz für die Beamtenversorgung225
2. Dienstunfall gemäß § 31 BeamtVG.226
3. Umfang der Unfallfürsorge226
B. Exkurs: Sonstige versicherungsrechtliche Ansprüche.227
C. Ansprüche aus Aufopferung227
Zusammenfassung und Ergebnisse229
Literaturverzeichnis242